5.II.1919

5
67

hoffe, dieses Vorgehen wird auf der ganzen ...ortsetzung finden. (Zustimmung.) Ich werde im ...agen dem Ministerrat über die hier angetroffene ...richt erstatten und erklären, daß die Regierung ...ere Pflicht hat, als den geistigen und den kör... ...eitern zu Arbeit und Brot zu verhelfen. (Leb... ...)

...rhob sich Johann Hock: er sagte u. a. folgendes: ... auch eine Gleichheit in den Lebensbedingungen ...nge die soziale Gleichstellung nicht bewirkt ist, wird

...d gewerbliche ...hält am 7. Januar ... der Partei (IV., ...renz, in der auch ...en wird.

im I. Bezirk ... Uhr in der Elemen... ...nlung, in der das ...tricker-Polán...

Alexander Festetics erklärt, daß die Franzosen selbstverständlich den Generalfeldmarschall seinem Stande gemäß behandeln werden.

Aus der Károlyipartei.

Ministerpräsident Michael Károlyi erschien heute abend unmittelbar nach Beendigung des Ministerrates im Klub seiner Partei und wurde mit stürmischen Eljenrufen begrüßt. Vor Eintreffen des Ministerpräsidenten verbreitete sich im Klub die Nachricht, daß die Entente den Waffenstillstandsvertrag mit Ungarn gekündigt hätte. Die Mitteilung rief große Erregung hervor und man begann bereits die Folgen dieser Verfügung zu erörtern, als der Ministerpräsident den Saal betrat. Man bestürmte ihn sofort mit Fragen; doch ehe er darauf antworten konnte, erschien der frühere Staatssekretär Kornel Abel und teilte mit, daß der Kriegsminister den Ministerpräsidenten zum Telephon bitten lasse. Nach einigen Minuten erschien der Ministerpräsident wieder im großen Saale und teilte mit erhobener Stimme mit, daß die Mitteilung über die Kündigung des Waffenstillstandsvertrages jeder positiven Grundlage entbehrt.

Die Parteimitglieder umringten sodann den Ministerpräsidenten, der mitteilte, daß der Ministerrat heute den ganzen Tag über den Entwurf über die Bodenreform verhandelt und von den 50 Paragraphen die ersten zwanzig erledigt habe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Reform zur allgemeinen Befriedigung in Bälde der Lösung entgegengeführt werden kann. Der Ministerpräsident erklärte dann, daß er an der Absicht unentwegt festhalte, innerhalb drei, spätestens vier Wochen die Wahlen durchzuführen. Die Wahlen werden für das ganze Gebiet Ungarns ausgeschrieben; denn die Regierung steht unentwegt auf dem Prinzip der Gebietsintegrität Ungarns. Es wird wohl Bezirke geben, in denen die Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht durchgeführt werden können, doch wird die Regierung alle Mittel ins Werk setzen, damit die neugewählte Gesetzgebung den wahren Willen der gesamten Bevölkerung Ungarns darstelle.

Ein Parteimitglied erwähnte nun die Besetzung des Unterrichtsportefeuilles und teilte mit, daß die Partei vor Eintreffen des Ministerpräsidenten dem Staatssekretär Alexander Juhász-Nagy begeisterte Ovationen bereitete, womit sie kundgeben wollte, daß sie ihn am liebsten an der Spitze dieses Portefeuilles sehen würde. Der Ministerpräsident erklärte, daß auch er gern seinen Freund Juhász-Nagy zum Kultus- und Unterrichtsminister ernennen wollte, doch stünden seiner Ernennung prinzipielle Hindernisse im Wege, da Juhász-Nagy reformierten Glaubens ist. Man müsse bis zu einem gewissen Maße auf die Empfindlichkeit der Katholiken Rücksicht nehmen, da bisher stets ein Katholik dieses Ressort leitete. Auf die Bemerkung, daß der Unitarier Franz Székely im Tißa-Kabinett eine Zeitlang Unterrichtsminister war, erklärte der anwesende frühere Minister Franz Székely, daß er nur provisorisch zwei Tage lang an der Spitze des Ministeriums gestanden hatte. Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß die Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen liberal und demokratisch denkenden Staatsmann katholischer Konfession sucht, der wenigstens bis zur Konstituante die Angelegenheiten dieses Ressorts leite, doch beschäftigt sich die Regierung auch mit dem Gedanken der Zweiteilung dieses Portefeuilles. In diesem Falle würde selbstverständlich bei der Besetzung des Unterrichtsportefeuilles in erster Reihe Staatssekretär Juhász-Nagy in Betracht kommen. Der Ministerpräsident wolle in dieser Frage mit den katholischen Kreisen in Berührung treten und habe zu diesem Zwecke den früheren Abgeordneten und Obergespan Georg Szmrecsányi zu sich bitten lassen. Georg Szmrecsányi war zu dieser Zeit schon im Klub anwesend.

Ein Parteimitglied fragte nun den Ministerpräsidenten, ob es wahr sei, daß Minister Oskar Jászi seine Demission unterbreitet habe. Der Ministerpräsident erklärte in entschiedener Weise, daß dies der Wahrheit nicht entspricht. Die Demission Jászis würde, so sagte der Ministerpräsident, auch weitere Folgen nach sich ziehen, denn auch er würde in diesem Falle demissionieren. Bis zur Konstituante muß die Koalition des 30. Oktober beisammen bleiben. Die Mißerfolge des Ministers Jászi sind Mißerfolge des Ministerpräsidenten ebenso, wie der Minister Garami und Kunfi, sowie der übrigen Mitglieder des Kabinetts. Minister Jászi gehört zu den befähigtesten Männer des Landes, und es lag wahrlich nicht an ihm, daß seine in guter Absicht geführten Verhandlungen mit den Nationalitäten nicht von Erfolg gekrönt waren. Die Schuld daran ist nicht ihm, sondern dem früheren Regime zuzuschreiben, wie man überhaupt nicht daran vergessen darf, daß nicht die gegenwärtige Regierung es war, die den Krieg geführt und den Krieg verloren hat. Der Ministerpräsident für seine Person kann eine Politik nach rechts nicht befolgen. Ein Parteiführer darf überhaupt nie Konjunkturalpolitik machen. Er muß betonen, daß der Gedanke des Pazifismus sich mit einer reaktionären Politik nicht in Einklang bringen läßt. Sollte die Politik des Landes sich nach rechts wenden, so wird er gern seinen Platz einem anderen Politiker überlassen und er erklärt schon jetzt, daß er diese neue Regierung, so weit sie die Interessen des Landes vertreten wird, zu unterstützen gedenkt.

Der Ministerpräsident zog sich dann mit Georg Szmrecsányi zurück, um über die Frage der Zweiteilung des Kultus- und Unterrichtsministeriums zu verhandeln. Wie verlautet, besteht in leitenden katholischen Kreisen die Auffassung, daß die Lösung dieser Frage bis zum Zusammentritt der Konstituante aufgeschoben werde.

Unstimmigkeiten in der Károlyipartei.

Unter dem Titel „Die Organisierung des Bürgerbundes, die Károlyipartei und die Wahlen" veröffentlicht Magyarország folgende aus Kreisen der Károlyipartei — mit größter Wahrscheinlichkeit von der Lovászygruppe — stammende Information:

Das zur Organisierung des Bürgerbundes entsendete Komitee der Károlyipartei arbeitet fleißig und wird das Ergebnis seiner Arbeit schon in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit übergeben. Die Organisierung der Partei der arbeitenden Bürger ist nun schon um so mehr dringend, weil es möglich ist, daß die Wahlen vor der Tür stehen und weil die Bürgerschaft die Mehrheit Ungarns vertritt und weil dieser Bürgerbund mit den Arbeitern zusammen das entsprechende Regierungssystem des Landes auszugestalten hat. Aus allen Teilen des Landes einlangende Nachrichten zeigen, daß ein von unten kommender Terror mit den schärfsten Mitteln bestrebt ist, die Organisierung der Bürgerschaft zu hindern. Doch bricht sich auch die Einsicht immer mehr Bahn, die Sache des Landes könne durch Proteste und durch Jammern

Die Volksrepublik Ungarn.

Die Internierung Mackensens und die ungarische Regierung.

Wie wir von kompetenter Stelle erfahren, hat die ungarische Regierung laut eines Beschlusses des heutigen Ministerrates wegen der Internierung des Generalfeldmarschalls v. Mackensen eine Protestnote an den französischen Kommandanten gerichtet. Oberstleutnant Vyx hat die Protestnote nicht angenommen, hat jedoch dem Ministerpräsidenten Michael Károlyi und dem Kriegsminister Grafen